

Miesbach bereitet sich auf 1500 zusätzliche Flüchtlinge vor!

Landrat Löwis kündigt 1500 weitere Flüchtlinge bis Ende 2025 an und erläutert im Kreistag die angespannte Lage der Unterbringung.

In einem aktuellen Bericht vom 2. Oktober wies der Landrat des Landkreises Miesbach, Olaf von Löwis, auf die besorgniserregende Situation der Flüchtlingsunterbringung hin. Bis Ende 2025 rechnet man mit der Zuweisung von 1500 weiteren Geflüchteten. Diese Prognose wurde in einer Sitzung des Kreistages veröffentlicht, wo auch Teresa Nitsch, die Abteilungsleiterin für Asylangelegenheiten, über den aktuellen Stand informierte.

Derzeit leben laut Nitsch im Landkreis Miesbach 2275 Flüchtlinge, wovon 1174 aus der Ukraine stammen. Von Löwis betont, dass man sich „aufs Schlimmste vorbereiten“ müsse, was die Zukunft der Flüchtlingsunterbringung betrifft. Trotz kürzlicher galt der Zuweisungsmangel durch die Regierung von Oberbayern als überraschend, erwartet Nitsch dennoch, dass in regelmäßigen Abständen von zwei Wochen Busse mit etwa 50 Flüchtlingen eintreffen werden. Diese konstanten Zuweisungen stellen die zuständigen Behörden jedoch vor große Probleme, da ausreichend Unterkünfte fehlen.

Herausforderungen bei der Unterbringung

Aktuell gibt es Bemühungen, Flüchtlinge von der Tegernseer Gymnasiumsturnhalle in eine neue Unterkunft im Moarhölzl bei Holzkirchen zu verlegen. Diese Maßnahme ist notwendig, um die

Turnhallen wieder für ihren ursprünglichen Zweck nutzen zu können. Eine zusätzliche Herausforderung stellt die Problematik der „Fehlbeleger“ dar – zurückgebliebene Personen, die trotz erfolgreichem Asylverfahren und einer festen Anstellung weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften leben. Laut Nitsch betrifft dies in Tegernsee etwa 65 bis 70 Menschen. Trotz Aufforderung, eigenständig Wohnraum zu finden, gestaltet sich dies wegen der angespannten Wohnungssituation im Landkreis als äußerst schwierig.

„Wir haben die Leute aufgefordert, eigenständig Wohnraum zu suchen, aber jeder kennt die angespannte Lage im Landkreis“, so Nitsch. Die Suche nach einer passenden Lösung für die Fehlbeleger, die von ihrer eigenen Unterkunft nicht mehr partizipieren, erweist sich als langwierig und kompliziert. In der Sitzung wurde auch eine frühere Anfrage der SPD-Fraktion thematisiert, die ein Konzept für die Unterbringung dieser Personen erwirken wollte. Laut Nitsch gibt es jedoch keine rechtliche Handhabe, um diese Flüchtlinge nach einem festen Schlüssel den Gemeinden zuzuweisen.

Dringender Appell an die Vermieter

Die Abteilungsleiterin forderte die Gemeinden sowie private Vermieter und Arbeitgeber auf, Wohnraum für die Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. In einigen Fällen konnten bereits individuelle Lösungen gefunden werden, doch die Abstimmungen dafür sind zeitintensiv. „Wir können als Behörde nicht aktiv auf Vermieter zugehen. Aber wir fördern gerne als Vermittler“, erklärte Nitsch. Ihre Abteilung hat bereits Kontakt mit verschiedenen Wohlfahrtsverbänden und Ehrenamtskoordinatoren aufgenommen, um Hilfsangebote und Wohnraum zusammenzuführen. Die Zahl der Flüchtlinge wird voraussichtlich weiter steigen, was die Situation noch prekärer macht.

Die Entwicklungen in Miesbach werfen ein Licht auf die Herausforderungen, mit denen die Kommunen konfrontiert sind,

um den ankommenden Flüchtlingen ein sicheres Zuhause zu bieten. Die Verantwortlichen sind gefordert, kreative Lösungen zu finden und sich auf die kommenden Veränderungen einzustellen. Für genauere Informationen und eine weiterführende Analyse der Thematik ist der Artikel **auf www.merkur.de** sehr empfehlenswert.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at